

Anzahl rechter Angriffe bleibt auf hohem Niveau

Kai Stoltmann,
zebra – Zentrum für Betroffene
rechter Angriffe

Deutschlandweit ist es seit Mitte letzten Jahrs zu einem Anstieg flüchtlingsbezogener Angriffe gekommen. Diese Beobachtung kann von zebra – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe auch für Schleswig-Holstein bestätigt werden. Die Beratungsstelle geht von einem Zusammenhang zwischen rechten Angriffen und der allgemeinen politischen Stimmung aus.

Das Ausmaß rechter und rassistischer Gewalt war im Jahr 2016 dramatisch hoch. Nachdem bereits für das Jahr 2015 eine Verdoppelung rechtsmotivierter und insbesondere rassistischer Gewalttaten festgestellt werden musste, berichten Beratungsstellen für Betroffene von rechten und rassistischen Angriffen deutschlandweit von einer gestiegenen Nachfrage nach professioneller Unterstützung und Beratung zur Bewältigung der materiellen und immateriellen Tatfolgen.

Entsprechend gestaltet sich die Situation auch in Schleswig-Holstein. Nach unserer Einschätzung kommt es seit dem Sommer der Migration im Jahr 2015 vermehrt zu rechten und rassistischen Angriffen. Hierbei handelt es sich insbesondere um flüchtlingsbezogene Angriffe. Sie richten sich nicht nur gegen Geflüchtete selbst, sondern auch allgemein gegen Menschen mit Migrationshintergrund sowie gegen Unterstützer*innen, die sich politisch oder zivilgesellschaftlich für die Belange von Geflüchteten einsetzen. Betroffen sind beispielsweise Lokalpolitiker*innen, Mitglieder in Willkommensinitiativen oder Deutschlehrer*innen.

Über einige dieser Angriffe wurde im vergangenen Jahr in den Medien berichtet: So wurde im Februar Säure in die Duschräume einer Unterkunft für Geflüchtete in Flensburg gegossen. Zwei Bewohner klagten in der Folge über brennende Augen und Hustenreiz. Nur einen Monat später wurde die Wohnung einer syrischen Familie in Schleswig angezündet, indem die Fensterscheibe im Erdgeschoss mit einer brennbaren Flüssigkeit benetzt und in Brand gesetzt wurde. Im September wurde der Bürgermeister von Oersdorf, der sich für die Unterbringung von Geflüchteten in seinem Ort eingesetzt hatte, mit einem Kantholz nie-

dergeschlagen. Im Oktober erhielten die Mitarbeiter*innen der Tafel in Albersdorf einen Drohbrief, weil Bedürftige dort unabhängig von Nationalität und Herkunft Lebensmittel erhalten. Die Liste ließe sich problemlos fortsetzen.

Die Beispiele zeigen: rechte Angriffe passieren in ganz Schleswig-Holstein, die Täter*innen gehen dabei äußerst brutal vor. Im Beratungsalltag haben wir es außerdem immer häufiger mit Fällen zu tun, die ein hohes Maß an Komplexität aufweisen – etwa weil sich ein Angriff gleich gegen mehrere Personen gerichtet hat.

Zusammenhang: Rechte Angriffe und politische Stimmung

Wir gehen von einem Zusammenhang zwischen der beschriebenen Entwicklung rechter Angriffe in Schleswig-Holstein und der politischen Stimmung im Land aus. In den Beratungsgesprächen nehmen wir eine Verrohung der politischen Kultur durch rechte und rechtspopulistische Positionen wahr, die rassistische, antisemitische und rechte Angriffe mindestens begünstigt. Betroffene berichten in Gesprächen mit uns immer wieder von rechten Vorfällen unterhalb der Angriffsschwelle. Die Zunahme von derlei Formen von Beleidigungen oder Diskriminierungen, fast immer im Kontext Flucht und Migration, geschieht unabhängig von den eigentlichen Angriffen. Sie wird von den Betroffenen häufig als ein Indikator für einen Wandel der politischen Kultur gewertet. Diese Einschätzung teilen auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen, mit denen wir in Vernetzungsgesprächen oder im Rahmen von lokalen Interventionen Kontakt haben. Eine solche Verrohung der politischen Kultur wird von politischen Akteur*innen des rechten und

rechtspopulistischen Spektrums, die das Ziel verfolgen, reaktionäre, autoritäre und rassistische Positionen sprechbar zu machen, gezielt forciert. Mit ihrem Vorgehen gegen Geflüchtete stoßen Rechte bis in die Mitte der Gesellschaft auf ein hohes Maß an Akzeptanz.

Umso wichtiger ist es für uns als Beratungsstelle, nicht nur den direkt Betroffenen eines rechten Angriffes zu helfen, sondern auch auf der Meso- und Makroebene der Gesellschaft aktiv zu werden. Indem wir das Umfeld der direkt Betroffenen, etwa Familien, Freunde

oder (z. B. migrantische) Communities ansprechen, versuchen wir die Auswirkungen rechter Angriffe zu begrenzen, die sich als Botschaftstaten meist auch gegen die soziale Umgebung der Opfer richten. Dementsprechend werden wir auch bei Vorfällen, in denen es keine direkt Betroffenen eines rechten Angriffs gibt – etwa bei Brandanschlägen gegen unbewohnte Unterkünfte für Geflüchtete – aktiv und sensibilisieren die örtliche Zivilgesellschaft für das Thema rechte Angriffe. Darüber hinaus bietet klassische Medienarbeit die Möglichkeit, die Anliegen von Betroffenen rassistischer, antisemitischer und rechter Angriffe in die Gesellschaft zu transportieren.

Solidarität mit Betroffenen

All diese Vorgehen dienen letztlich den gleichen Zielen: die Betroffenen nicht in der Situation allein lassen, ihre Position bestmöglich zu stärken und so die Wirkungen der Angriffe zu beschränken.



Kabul: Männer und Frauen trainieren zusammen Karate.

Ein anderer Weg, um dies zu erreichen, zeigt sich aktuell in Brandenburg, wo der Verein Opferperspektive in Zusammenarbeit mit dem dortigen Innenministerium einen Erlass bewirkt hat, der den

sisten angegriffen werden. Das ist ein wichtiges Signal der Solidarität in Zeiten, in denen die Zahlen derartiger Angriffe immer weiter steigen.“

Gemeinhin ist die Solidarität mit den

Betroffenen von rechten Angriffen ein wichtiges Zeichen, um rechten und rechtspopulistischen Akteur*innen zu verdeutlichen, dass sie mit ihrem Handeln nicht für die Mehrheit der Gesellschaft sprechen. Diese gesamtgesellschaftliche Perspektive wird

**Mit ihrem Vorgehen gegen Geflüchtete
stoßen Rechte bis in die Mitte der Gesellschaft auf ein
hohes Maß an Akzeptanz.**

Betroffenen von rechter und rassistischer Gewalt, die von Abschiebung bedroht sind, ein Aufenthaltsrecht gewährt. Judith Porath von der Opferperspektive, die ebenfalls im Dachverband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt organisiert ist, betont: „Mit einem Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt übernimmt der Staat Verantwortung gegenüber jenen Menschen, die in Brandenburg von Ras-

von vielen Betroffenen rechter Angriffe, denen die politische Aussage eines Angriffs häufig am besten bewusst ist, wahrgenommen. Um das Ausmaß rechter Angriffe wieder möglichst weit zu begrenzen, muss „Refugees Welcome“ deshalb stets auch heißen, dass rechte und rechtspopulistische Positionen in unserer Gesellschaft nichts zu suchen haben.